

Die praktizierenden Ärztinnen und Ärzte der FMP engagieren sich für den Erhalt der ambulanten Medizin

VORSTAND DER FMP

Im schweizerischen Gesundheitswesen bahnen sich epochale Änderungen an, die vor allem uns «frei» praktizierende Ärztinnen und Ärzte sowie unsere Patientinnen betreffen. Ist die selbstständige Ärzteschaft im Diskurs aktiv dabei? Nein!

Leise vernehmen wir zwar die Stimme der FMH: Die Medizin solle künftig qualitativ hoch stehend sein, als ob sie das bis anhin nicht gewesen wäre. Diese Meinung deckt sich mit derjenigen des Verbands der angestellten Assistenz- und Oberärzte (VSAO). Werden in Zukunft die Assistenzärzte die Qualität der Medizin und die Verbandspolitik der FMH definieren?

Die Ärztekammer hat sich im Herbst 2003 mit einem mächtigen Nein klar gegen die Abschaffung des Vertragszwangs gestellt. Es gilt nun diese Ablehnung auch durchzusetzen. Hierzu brauchen wir eine klare und eindeutige Stimme, die die Argumente gegen die aktuelle Gesetzesvorlage vorbringt (Link auf unserer Homepage www.fmp-net.ch unter «Download»).

Zum Verbot von Verbandsverträgen

In der aktuellen Gesetzesvorlage sind Verbandsverträge immer noch vorgesehen. Die Kassen werden so weiterhin mit der FMH/den Kantonalverbänden Tarifverträge aushandeln.

Wo liegt denn da der Sinn der Aufhebung des Vertragszwangs? Der Sinn liegt einzig darin, von uns in Zukunft Rabatte abzuverlangen: Wir sollen als Case Manager unserer PatientInnen nicht nur die Netzwerke mit Budgetverantwortung finanzieren, sondern auch die so genannte Qualitätssicherungsmaschinerie und deren selbst ernannte Inspektoren alimentieren. Wer bereit ist, Rabatte auf den Verbandstarif zu geben und nach der Pfeife zu

tanzen, erhält einen Zulassungsvertrag. Wir sind überzeugt: das neue Gesetz wird nicht die effiziente Nutzung der Ressourcen steigern, sondern soll mehr teure Medizin zu billigeren Preisen bieten. Die Medikamentenpreise dürfen weiter steigen, unsere Löhne sollen sinken.

Wenn Krankenkassen, santésuisse, Politiker und das Bundesamt wirklich mehr Wettbewerb wollen, dann sollen sie Verbandsverträge verbieten. Verbandsverträge dienen nur dazu, den Wettbewerb zu eliminieren, unternehmerische Risiken (aber auch Chancen) zu minimieren und alle gleich zu machen.

Wir wissen, dass Verbandsverträge niemals verboten werden. Denn wo wäre da noch der Sinn der Verbände, wenn wir Ärztinnen und Ärzte unser Schicksal in die eigene Hand nehmen dürften? Genau dies zeigt doch, dass dieser Ruf nach mehr Wettbewerb die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hinters Licht führen will. Das nennt man dann ehrliche Politik.

Freie Arztwahl als Zusatzversicherung

Da Politiker glauben, sie würden nie ernsthaft erkranken, können sie sich eben auch nicht vorstellen, welchen unschätzbaren Wert eine vertrauensvolle Arzt-Patienten-Beziehung im Angesicht einer schweren Krankheit darstellt. So glauben die Politiker eben an die problemlose Austauschbarkeit der Ärzte oder besser «Leistungserbringer».

Den betroffenen Patientinnen und Patienten ist es aber ganz besonders wichtig, dass sie ihren Arzt oder ihre Ärztin frei wählen können. Es wird als existenziell empfunden, dass man den Arzt oder die Ärztin wechseln kann, wenn man das Vertrauen verloren hat. Es wird als existenziell empfunden, diejenige Person auswählen zu können, zu der man das tiefste Vertrauen hat.

Politiker und Politikerinnen geben immer vor, im Interesse ihrer Wählerinnen und Wähler zu handeln. Ist in der aktuellen Vorlage vorgesehen, dass diese freie Arztwahl sichergestellt werden kann? Nein! Ist vorgesehen, dass die Kassen nicht gewinnorientierte Zusatzversicherungen offerieren müssen, die die freie Arztwahl garantieren? Nein! Das neue Gesetz ist deshalb kein Gesetz im Interesse der Patientinnen und Patienten.

Was geht es die Politik an, ob wir uns die freie Arztwahl leisten wollen oder nicht. Es ist doch nicht Sache der Politik, den Versicherten vorzuschreiben, was sie mit ihrem Geld machen. Es wäre

Die praktizierenden Ärztinnen und Ärzte der FMP engagieren sich für den Erhalt der ambulanten Medizin

aber Sache der Politik, sicherzustellen, dass alle, auch kranke Personen oder Personen mit einem Geburtsgebrechen, die Möglichkeit haben, sich so zu versichern, dass für sie die freie Arztwahl weiterhin gewährleistet ist.

Fehlende Sanktionen für Krankenkassen

Zukünftig soll ein Arzt, wenn er keinen Kassenvertrag erhält, nicht mehr gegenüber den Versicherern abrechnen dürfen. Dabei soll es in der unternehmerischen Freiheit der Kasse liegen, ob sie einen Vertrag abschliessen wird oder nicht. Was geschieht, wenn ein Arzt keine Verträge mehr erhält? Er verliert sein Einkommen, seine Praxis, seine Selbständigkeit.

Wer sorgt dafür, dass die Kassen sich an die gesetzlichen Bestimmungen halten? Schliesst eine Kasse nicht genügend Verträge mit Ärztinnen und Ärzten ab, so wird sie nicht sanktioniert. Vielleicht merkt es ja sowieso niemand? Den Kassen wird die volle «Freiheit» (oder besser: Willkür) gewährt. Sie haben keine Konsequenzen zu fürchten. Sie sollen nicht einmal durch die Ärztinnen und Ärzte eingeklagt werden können, auch wenn sie gegen Gesetze und Verfassung verstossen. Wenn es die Politiker ernst meinen mit der Reorganisation des Gesundheitswesens, dann müssen auch die Kassen einem strengen Regime unterworfen werden.

Ärztinnen und Ärzte sind kein Freiwild

Es macht den Anschein, als wären Ärztinnen und Ärzte politisches Freiwild. Zuerst schikaniert man uns durch den Numerus clausus. Dann liefert man uns der Tortur zum Teil stumpfsinniger Prüfungen aus. Sind wir da durch, werden wir in Spitälern für fünf und noch viel mehr Jahre weitergebildet und gleichzeitig für den Facharztstitel in die Mangel genommen. Ausgebildet, gewährt

man uns, in den Markt des Gesundheitswesens zu investieren, lässt uns unsere Praxis aufbauen, Kredite aufnehmen, Zuweiser pflegen, Marketing machen, Fortbildung tätigen und so weiter. Dies so ganz zum Spass neben unserer täglichen ärztlichen Hauptarbeit. Am Schluss kommt der Staat und meint, durch Verregulierung sich unserer Praxen bemächtigen zu können, ohne Abfindung, Sozialplan oder staatliche Altersvorsorge, wie sie jedem Beamten zusteht.

Diese Haltung gefährdet die medizinische Versorgung in der Schweiz. So werden kaum mehr Ärztinnen und Ärzte in die freie Praxis gehen wollen. Sie werden sich von den Spitälern, Kassen und grossen Firmen anstellen lassen. Wir sind auf dem besten Weg, das Ambulatorium Schweiz und damit das schweizerische Gesundheitswesen zu torpedieren. Und wofür? Für einen kleinen Politik-Gag: die Abschaffung des Vertragszwangs. Niemand weiss, ob es tatsächlich besser wird, aber wenn nicht, können wirs ja wieder ändern. Dass dabei viele Existenzen in Gefahr sind, kümmert niemand oder ist sogar noch willkommen.

Wehren wir uns mit allen demokratischen Mitteln gegen die geplante Demontage der ambulanten Medizin! ●

*Im Namen des Vorstands:
Dr. med. Hans-Ulrich Bürke
Vorstandsmitglied FMP*

Sie wollen Mitglied der FMP werden? Das Anmeldeformular finden Sie unter www.fmp-net.ch

La version française suivra dans le prochain numéro.